



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 2.8.2024
C(2024) 5721 final

Ihre Exzellenz
Frau Hadja Lahbib
Ministerin für Auswärtige
Angelegenheiten, Europäische
Angelegenheiten und Außenhandel und
Föderale Kulturinstitutionen
Rue des Petits Carmes 15
B – 1000 Brüssel

Betreff: Notifizierung 2024/298/BE

Entwurf eines königlichen Erlasses zur Bestimmung der unter den Haltbarkeitsindex fallenden Güter, der technischen Standards für die Festlegung der Punktzahlen für jedes der Kriterien und der Methode zur Berechnung des Haltbarkeitsindex

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Frau Ministerin,

im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 ⁽¹⁾ notifizierten die belgischen Behörden der Kommission am 4. Juni 2024 den Entwurf „*Königlicher Erlass zur Bestimmung der unter den Dauerhaltbarkeitsindex fallenden Waren, der technischen Standards für die Festlegung der Punktzahlen für jedes der Kriterien und der Methodik für die Berechnung des Dauerhaltbarkeitsindex*“ (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Der Notifizierungsmitteilung zufolge soll der notifizierte Entwurf die Haltbarkeit und Reparierbarkeit von Produkten verbessern. Mit der Maßnahme wird ein Haltbarkeitsindex eingeführt, der aus einer Punktzahl von zehn besteht, die zum Zeitpunkt des Kaufs angezeigt werden soll, um die Verbraucher über die Lebensdauer von Elektro- und Elektronikprodukten zu informieren. Dieser Index soll den derzeitigen belgischen Reparierbarkeitsindex unter Aufnahme von Kriterien der Produktzuverlässigkeit und der Nachrüstbarkeit ersetzen. Ziel der Maßnahme ist es, alle

¹() Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

Reparierbarkeitsindizes schrittweise durch Haltbarkeitsindizes zu ersetzen. Die ersten erfassten Kategorien lauten wie folgt: Fernsehgeräte und Haushaltswaschmaschinen.

Die Prüfung der einschlägigen notifizierten Bestimmungen hat die Kommission zu folgenden Stellungnahmen veranlasst.

Für die in den notifizierten Entwürfen betrachteten Produkte, d. h. Fernsehgeräte und Haushaltswaschmaschinen, gelten derzeit keine harmonisierten EU-Vorschriften über den Reparierbarkeitsindex, den Haltbarkeitsindex oder langlebigkeitsbezogene Informationen. Die Kommission stellt aber fest, dass die notifizierten Entwürfe zwar im Einklang mit der Politik der Kommission im Zusammenhang mit dem ökologischen Wandel betrachtet werden könnten, dass jedoch weitere Überlegungen erforderlich wären, um zu beurteilen, ob solche Verpflichtungen den Zugang solcher Produkte zum belgischen Markt in einer Weise behindern würden, die möglicherweise gegen Artikel 34 AEUV verstößt.

Die Kommission möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass nichtdiskriminierende Hindernisse für den Grundsatz des freien Warenverkehrs durch eine der in Artikel 36 AEUV genannten Ausnahmen oder auf der Grundlage zwingender Anforderungen, die in der Rechtsprechung des Gerichtshofs entwickelt wurden, gerechtfertigt sein müssen. Damit eine nationale Maßnahme nach Artikel 36 AEUV oder auf der Grundlage einer der in der Rechtsprechung des Gerichtshofs festgelegten zwingenden Voraussetzungen gerechtfertigt ist, muss sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen (Urteil C-390/99, *Canal Satélite Digital*). Die fragliche Maßnahme muss zur Erreichung des verfolgten Zieles erforderlich sein und das Ziel darf nicht durch weniger umfangreiche Verbote oder Beschränkungen oder solche mit geringeren Auswirkungen auf den innergemeinschaftlichen Handel erreicht werden können. Mit anderen Worten, die von den Mitgliedstaaten gewählten Mittel müssen sich auf das beschränken, was tatsächlich erforderlich ist, um das Ziel zu erreichen, und sie müssen im Verhältnis zum angestrebten Ziel sein (Urteil in der Rechtssache C-319/05, *Kommission/Deutschland*).

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass diese Bemerkungen der Bewertung der notifizierten Entwürfe hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem künftigen Rechtsrahmen der Union in diesem Bereich nicht vorgreifen. Infolgedessen sollten die belgische Behörden bereit sein, die nationalen Maßnahmen an die EU-Anforderungen anzupassen, wenn diese festgelegt werden und im Rahmen des anstehenden Rahmens für das Ökodesign für Nachhaltigkeit in Kraft treten.

Die belgischen Behörden werden aufgefordert, diesen Bemerkungen Rechnung zu tragen.

Die Kommission erinnert ferner daran, dass, sobald der endgültige Wortlaut angenommen wurde, dieser gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission zu übermitteln ist.

Bitte akzeptieren Sie, Frau Ministerin, die Zusicherung meiner höchsten Hochachtung.

Für die Kommission



Kerstin Jorna

Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU